



Horacio "Boy" Morales beim Gespräch in der Südostasien Informationsstelle

"Chance für eine Landreform verpaßt"

Gespräch mit Horacio "Boy" Morales

Anfang Dezember besuchte Horacio "Boy" Morales die Südostasien-Informationsstelle. Der 44 jährige Wirtschaftswissenschaftler war bis in die 70er Jahre ein hoher Regierungsbeamter der Marcos-Administration. 1977 ging er in den Untergrund, wurde Vorsitzender der National Democratic Front (NDF). Nach langjähriger Haft wurde er im März 1986 als einer der bekanntesten politischen Gefangenen befreit und widmet sich seitdem insbesondere der ländlichen Entwicklung auf den Philippinen, u.a. als Präsident des 1952 gegründeten Philippine Rural Reconstruction Movement (PRRM).

Im folgenden einige Auszüge aus einem längeren Gespräch mit Morales.

F.: Wie schätzen Sie das Landreform-Dekret (Executive Order No. 229) von Frau Aquino vom 26.7.87 ein?

A.: Das Landreform-Dekret ist sehr schwach und eine große Enttäuschung. Aquino hat sich letztlich ihrer Verantwortung entledigt und sie an den Kongreß weitergegeben. Das Dekret ist zunächst eine Fortsetzung der alten Marcos-"Reform", da es sich auf das Reis- und Mais-Land bezieht, die anderen Anbaugelände, etwa Zucker, Kokosnuß, Wasser, stehen der Entscheidung des Parlaments zu. Dieses hat auch über die Verteilungsgrenze zu entscheiden. Und der dritte kritische Punkt, die Frage der Entschädigung, bleibt ebenfalls dem Kongreß überlassen. Vom Parlament aber, das weitgehend vom Großgrundbesitz beherrscht wird, ist keine umfassende Landreform zu erwarten. All das ist umso enttäuschender, als Aquino während des Wahlkampfes 1986 eine bedeutsame Landreform versprach, die auch ihren eigenen Besitz, die Hacienda Luisita, erfassen sollte. Es dauerte dann aber bis zu den Demonstrationen der Bauernbewegung und dem Mendiola-Massaker vom Januar 1987, ehe Aquino sich dem Thema überhaupt wieder widmete. Die wichtigen Vorschläge, die im Mai von 13 Bauern- und Landorganisationen und etwa 50 NROs, darunter auch der PRRM, entwickelt wurden, sind von der Regierung allerdings völlig ignoriert worden.

F.: Wie sahen diese Vorschläge aus?

A.: In einem langen Prozeß des Studiums aller bisheriger Landreformprogramme in den Philippinen und vielfältigen Konsultationen mit Volksorganisationen entwickelte sich der Congress for People's Agrarian Reform (CPAR), der in einzigartiger Form in dieser spezifischen historischen Situation alle Gruppen der philippinischen Linke vereinigte. Auf dem Kongreß vom 29.-31. Mai 1987 wurden 8 Prinzipien für die Durchführung einer echten Landreform verabschiedet:

1. Der Status des "abwesenden Großgrundbesitzertums" (absentee landlordism) soll abgeschafft werden, d.h. nur dem sein Land, der es auch wirklich bebaut und bearbeitet.

2. Die finanzielle Belastung für den neuen Landeigentümer muß im erträglichen Rahmen bleiben, d.h. er muß in der Lage sein, den neuen Boden auch wirklich bearbeiten zu können.

3. Es soll eine umfassende Landreform sein, die alle Arten des Anbaus, die Wasserflächen, die verschiedenen Besitzformen umfaßt.

4. Wir forderten die "progressive Entschädigung", d.h. für große Landbesitzer keinerlei Entschädigung, da sie bereits großen Nutzen aus ihrem Besitz gezogen haben und wegen ihrer wirtschaftlichen Stärke keiner Entschädigungsleistung bedürfen. Für die mittel-

großen Landbesitzer sollte sich die Entschädigung an dem deklarierten Wert des Land orientieren. Allein aus Steuergründen haben sie ihr Land immer unterdeklariert, dafür sollen sie bestraft werden. Die kleinen Landbesitzer, die von der Landreform betroffen sein werden, sollen den vollen Marktwert als Entschädigung erhalten.

5. Jede Art der Landreform muß die Beteiligung der betroffenen Volksorganisationen miteinbeziehen und zwar auf allen Entwicklungsebenen. Das gilt insbesondere für die Umsetzung der Reform, etwa bei der Sammlung von Daten über den tatsächlichen Landbesitz, denn angesichts des Mangels an exakten Daten, sind es die Leute, die in der Region leben, die am genauesten wissen, wem was und wieviel gehört.

6. Soweit wie möglich soll der Genossenschafts ("cooperative")-Gedanke bei der Durchführung einer Landreform gefördert werden.

7. Es soll nicht nur das Land verteilt werden, sondern es muß die grundlegenden Dienstleistungen für die Bedürftigen geben, angefangen von entsprechenden Instruktionen, wie das Land zu bebauen ist, für die bislang Landlosen.

8. Und letztens ist wichtig, daß die Finanzierung der Landreform aus internen Ressourcen geleistet werden muß.

F.: Wie war die Reaktion der Regierung auf diese Vorschläge?

A.: An dem CPAR selbst nahmen Regierungsvertreter teil, etwa aus dem Ministerium für Agrarreform und Dr. Mahar Mangahas, der Berater der Regierung für die Agrarreform. Auch der Landreform-Entwurf des entsprechenden Kabinetts-Aktionskomitees war trotz einiger Defizite in Fragen der Entschädigung und der Verteilungs-Untergrenze für uns noch vertretbar. Aber danach ist dieser Entwurf von anderen Kabinettsmitgliedern wie Joker Arroyo umgearbeitet worden, und im Juni kamen die Vertreter der CPAR von einem Gespräch mit Cory sehr enttäuscht zurück. Sie ließ sich zu nichts verpflichten. Und der "executive order 229" war dann völlig verschieden von der Vorlage des Kabinetts-Aktionskomitees vom 25. Mai. Damit hat Cory eine "goldene Möglichkeit", eine bedeutsame Landreform, wenn sie eine solche wollte, zu verabschieden, vergeben. An dieser Stelle sei noch hinzugefügt, daß die Geschichte der Agrarreform in den Philippinen immer ein Kampf zweier Konzepte war. Das eine Konzept ist eine echte Landreform durch und für das Volk, das andere ist Aufstandsbekämpfung ("counter-insurgency"). Letzteres ist immer von den USA angestrebt worden, bereits während der Zeit Landsdale's und während des Huk-Aufstandes nach dem 2. Weltkrieg. Dabei ging es natürlich immer nur um eine limitierte Land-

reform, die auf Produktivität beschränkt war. Und ich nehme an, daß es solche Ansätze auch in der heutigen Regierung gibt. Roy Prosterman, US-Berater für Landreformprogramme in Vietnam und El Salvador, ist gebeten worden, nun ebenfalls die philippinische Regierung zu beraten, und nach kürzlich veröffentlichten Dokumenten aus dem Nationalen Sicherheitsrat der USA hat eben dieser Prosterman vorgeschlagen, in den Philippinen eine limitierte Landreform durchzuführen, um das Aufstandsproblem in Grenzen zu halten. Im Moment scheint die Chance für eine Landreform in unserem Land verpaßt. Selbst die Vorschläge der Weltbank zu diesem Thema sind vernünftiger als die der philippinischen Regierung.

F.: Welche Bedeutung hätte eine Landreform für die nationale Wirtschaft der Philippinen?

A.: Natürlich gibt es sehr viele Studien und unterschiedliche Meinungen zu der Wirtschaftlichkeit einer solchen Landreform. Für uns gilt aber, daß die Verteilung des Reichtums der zentrale Punkt für die nationale Wirtschaft der Philippinen ist, um einen Binnenmarkt aufzubauen, der für die wirtschaftliche Erholung des Landes unbedingt nötig ist. Zur Zeit wird nur für den Export produziert, so daß wir zu stark von ausländischen Märkten abhängig sind. Das gilt auch für den Import landwirtschaftlicher inputs. Selbst wenn es kurzfristig einen Produktivitäts-Rückschlag geben sollte, können wir schnell mehr erreichen als jetzt.

Vergleicht man die Landreformprogramme in unseren Nachbarländern Japan, Taiwan und der Volksrepublik China kann man bei allen Unterschiedlichkeiten beobachten, daß sie die Programme als Ausgangspunkt für eine nationale Industrialisierung genommen haben. Das Kapital, daß sich aus dieser Verteilung des Reichtums bildet, schafft die Grundlage für einen Binnenmarkt, für eine eigene Industrialisierung. So unterschiedlich der gesellschaftliche Zusammenhang dieser Landreformprogramme war, so hatten sie doch ein gleiches grundlegendes Resultat: der Feudalismus auf dem Land wurde zerstört und ländliche Industrien konnten sich entwickeln.

F.: Was wäre ihrer Meinung nach die Perspektive für die Mulits im Agrobusiness, etwa "Del Monte" und "Dole" auf Mindanao? Bei den dortigen Volksorganisationen und Gewerkschaften gibt es hierzu wenig Konzepte für die Zeit nach einer etwaigen Landreform oder gar Revolution.

A.: Die allgemeine Ansicht ist es wohl, aus diesen Niederlassungen den größtmöglichen Gewinn für die Philippinen zu ziehen, aber die Firmen insofern zu regulieren, daß die Regierung

ihren gerechten Anteil bekommt, und daß die Bauern gerechte Pachtbedingungen haben. Es gilt noch, die Bereiche herauszuarbeiten, wo die Regierung in das Wirtschaftsleben eingreifen muß. Ich denke, es zielt auf eine gemischte Plan- und Marktwirtschaft. Bei "Del Monte" käme es zum Beispiel in erster Linie darauf an, daß die Gewinne nicht sämtlich außer Landes gebracht werden, der Konzern müßte nicht in Staatskontrolle überführt werden wie etwa die lebenswichtigen Grundstoffindustrien. Es muß aber gesagt werden, daß es zu diesem Thema unter den Volksorganisationen, NROs und Aktivisten erst allgemeine Überlegungen gibt, die NDF hat ihre eigenen Vorstellungen, die aber auch erst in Form von allgemeinen Prinzipien vorliegen.

F.: Wie sieht ihr aktuelles Konzept für die ländliche Entwicklung auf den Philippinen aus?

A.: Wir wollen Volksinstitutionen an der Basis aufbauen. Nach den bisherigen historischen Erfahrungen der Philippinen bedarf es dreier Typen ländlicher Volksinstitutionen: Eine sektorale Organisation der Landarbeiter und armen Bauern, eine Genossenschaft für die wirtschaftlichen Aktivitäten, und man braucht eine Art Dorfrat ("barrio council") als die grundlegenden Institutionen "unten", die unabhängig sein müssen von den lokalen Regierungsstellen. Diese Basis-Institutionen könnten sich dann von der Dorfebene aus auf Gemeindeebene zu einer Art Volksrat ("people's council") zusammenschließen. Diese Strukturierung ist für uns sehr wichtig, denn bisher hat es Entwicklungsversuche immer nur von oben gegeben, aber wirkliche Entwicklung kann nur von unten ausgehen.

In Negros ist dieses Konzept, wenn auch noch nicht in integrierter Form, zum Teil bereits realisiert. Da haben wir die "National Federation of Sugar Workers" (NFSW) als sektorale Organisation, und die christlichen Basisgemeinden, die in der Dorfgemeinschaft organisieren, was allerdings auf der katholischen Gemeinschaft basiert, und es gibt ein paar Genossenschaften, von denen einige erfolgreich arbeiten, andere nicht. Für uns kommt es nun darauf an, die auf der niedrigsten Ebene zu integrieren, damit sie wirklich zu einem Zentrum der Kraft des Volkes ("peoplè's power") werden. Einige der Bauernorganisationen auf Negros sind bereits jetzt soweit, daß sie sich daran machen Land zu besetzen, und das ist das Land der abwesenden Großgrundbesitzer, die ihr Land nicht bestellen.

Das Gespräch führten **Peter Franke** und **Frank Braßel**, der auch die Übersetzung und Bearbeitung vornahm.